



# MENSCHENRECHTE IN DEN PHILIPPINEN UNTER MARCOS JR.

## ÜBER DAS AKTIONSBÜNDNIS MENSCHENRECHTE – PHILIPPINEN

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) wirkt durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf politische Entscheider:innen und Multiplikator:innen in Deutschland sowie auf EU- und UN-Ebene mit dem Ziel ein, zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen. Trägerorganisationen des Bündnisses sind Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt (BfdW), das International Peace Observers Network (IPON), MISEREOR, Missio-München, das philippinenbüro e. V. und die Vereinte Evangelische Mission (VEM). Thematische Schwerpunkte der Arbeit sind außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen und konstruierte Anklagen gegen politische Aktivist:innen. Zudem thematisiert das AMP die zugrundeliegenden strukturellen Probleme der Straflosigkeit und des eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums.

Das AMP wurde 2007 von kirchlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland gegründet, die seit vielen Jahren Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Aktivist:innen und Netzwerken in den Philippinen unterhalten. Das AMP reagierte auf Berichte dieser philippinischen Partner:innen, wonach die Zahl der politisch motivierten Tötungen und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen seit 2001 signifikant zugenommen hatte. Unter den Todesopfern und jenen, die mit konstruierten Anklagen kriminalisiert oder spurlos verschwunden gelassen wurden, befanden sich auch Mitarbeitende und Menschenrechtsverteidiger:innen dieser Partner:innennetzwerke.

## IMPRESSUM

© 2024, Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Köln

Redaktion: Astrud Lea Beringer, Mirjam Overhoff

Texte: Astrud Lea Beringer

Lektorat: Gegensatz Translation Collective, Berlin

Gestaltung und Layout: Zaadstra Design, Köln

Druck: DieUmweltdruckerei

Redaktionsschluss: Juni 2024

ISBN 978-3-933341-94-9

Fotos: Raffy Lerma (Titel, S. 11, S. 14), Joem Febiar Saguiguit (S. 2 / 3), AMP (S. 6, S. 8, S. 10, S. 17), Karapatan (S. 13), Jacqueline Hernandez, Rappler (S. 15), IDEALS (S. 16), Iglesia Filipina Independiente (S. 19), Karapatan Cagayan Valley (S. 20), United Church of Christ in the Philippines (S. 21)



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>ABKÜRZUNGEN</b>	5
<b>VORWORT</b>	7
<b>ANHALTENDE MENSCHENRECHTSKRISE UNTER MARCOS JR.</b>	8
<b>SCHLAGLICHT I – MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN</b>	12
<i>Fall: Dyan Gumanao und Armand Dayoha</i>	15
<b>SCHLAGLICHT II – STRAFLOSIGKEIT UND RECHTSSTAATLICHKEIT</b>	16
<i>Fall: Aldeem Yañez</i>	19
<i>Fall: Isabelo Adviento</i>	20
<i>Fall: Nathaniel Vallente</i>	21
<b>HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN</b>	22
<i>Empfehlungen an die philippinische Regierung</i>	22
<i>Empfehlungen an die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten</i>	23
<i>Empfehlungen an andere internationale Akteur:innen</i>	23
<b>ENDNOTEN</b>	24
<b>LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN IN DEN PHILIPPINEN</b>	27

# ABKÜRZUNGEN

<b>AFP</b>	Armed Forces of the Philippines	<b>KADUAMI</b>	Katinnulong Daguiti Umili iti Amianan (Deutsch: „Zusammenarbeit der Menschen im Norden“)	<b>UNJP</b>	United Nations Joint Programme
<b>AMP</b>	Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen	<b>NPA</b>	New People’s Army	<b>UPR</b>	Universal Periodic Review
<b>AMLC</b>	Anti-Money Laundering Council	<b>NRO</b>	Nichtregierungsorganisation	<b>VIHDA</b>	Visayas Human Development Agency
<b>ATA</b>	Anti-Terrorism Act	<b>NTF-ELCAC</b>	National Task Force to End Local Communist Armed Conflict		
<b>ATC</b>	Anti-Terrorism Council	<b>OGH</b>	Oberster Gerichtshof		
<b>BIDA</b>	Buhay Ingatan, Droga’y Ayawan (Deutsch: „Kümmere dich um dein Leben, nimm keine Drogen“)	<b>OHCHR</b>	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights		
<b>CERNET</b>	Community Empowerment Resource Network	<b>PAHRA</b>	Philippine Alliance of Human Rights Advocates		
<b>CHR</b>	Commission on Human Rights	<b>PCIJ</b>	Philippine Center for Investigative Journalism		
<b>CIDG</b>	Criminal Investigation and Detection Group	<b>PNP</b>	Philippine National Police		
<b>CPA</b>	Cordillera Peoples Alliance	<b>RESBAK</b>	Respond and Break the Silence Against the Killings		
<b>EU</b>	Europäische Union	<b>SMNI</b>	Sonshine Media Network International		
<b>GSP+</b>	Generalized Scheme of Preferences	<b>SONA</b>	State of the Nation Address		
<b>IFI</b>	Iglesia Filipina Independiente	<b>UCCP</b>	United Church of Christ in the Philippines		
<b>IPRA</b>	Indigenous Peoples’ Rights Act	<b>UN</b>	United Nations		
<b>ISAFP</b>	Intelligence Service of the Armed Forces of the Philippines	<b>UNHRC</b>	United Nations Human Rights Council		
<b>IStGH</b>	Internationaler Strafgerichtshof				



Zivilgesellschaftliche Gruppen gedenken der EDSA People Power Revolution am 25. Februar 2024 in Metro-Manila.

# VORWORT

Seit seiner Gründung hat das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) regelmäßig Berichte veröffentlicht, um Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen während der jeweiligen Zeiträume aufzuzeigen und zu dokumentieren. Anhand von Fallbeispielen skizzieren diese Berichte bestimmte Muster der Menschenrechtsverletzungen. Die philippinische Regierung wurde stets dazu aufgefordert, vergangene Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, neue Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, Gesetzesreformen durchzuführen und Menschenrechtsverteidiger:innen zu schützen.

Der Menschenrechtsbericht von 2024 verfolgt dieselben Ziele. Er verdeutlicht, dass seit dem Amtsantritt von Präsident Ferdinand Marcos Jr. am 30. Juni 2022 die Situation der Straflosigkeit und Menschenrechtsverletzungen weiter besteht und es keine signifikanten Verbesserungen des Schutzes von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen zu verzeichnen gibt.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger präsentiert Präsident Marcos Jr. seine Regierung als engagiert im Einsatz für die Menschenrechte. Dennoch führt er die repressive Politik der Duterte-Regierung weiter. Drogenbezogene Tötungen<sup>i</sup> finden weiter statt und das Justizsystem bleibt dysfunktional. Bisher kam es unter Marcos Jr. nur zu drei Verurteilungen von Tätern in drogenbezogenen Tötungsfällen. Auch die politische Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen bleibt unter Marcos Jr. besorgniserregend. Das AMP hat im Berichtszeitraum vermehrt Fälle von erzwungenem Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidiger:innen, sogenanntem *red-tagging*<sup>ii</sup> und gezielter Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen beobachtet.

Die philippinische Regierung weigert sich, vollumfänglich mit den Ermittler:innen des Internationalen Straf-

gerichtshofs (IStGH) zusammenzuarbeiten, wenn es um mutmaßliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Bezug auf den sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ geht. Gemeint ist damit der Zeitraum zwischen 2011 und 2019, als Rodrigo Duterte Bürgermeister und Vizebürgermeister von Davao City bzw. Präsident der Philippinen war. Diese Weigerung unterstreicht den fehlenden politischen Willen, die Straflosigkeit zu beenden. Menschenrechtsgruppen gehen von mindestens 27.000 drogenbezogenen Tötungen unter der Duterte-Administration aus.

Nach zwei Jahren Amtszeit und keiner maßgeblichen Verbesserung der Menschenrechtslage in den Philippinen vertieft die internationale Staatengemeinschaft jedoch zunehmend die diplomatischen Beziehungen mit den Philippinen. Auch wenn die geopolitische Rolle der Philippinen im Indo-Pazifik-Raum im Zuge der politischen Spannungen mit China und Russland für die Außen- und Sicherheitspolitik der internationalen Staatengemeinschaft wichtiger geworden ist, so dürfen Menschenrechte nicht hintenangestellt werden. Aus Sicht der Zivilgesellschaft ist es bedauerlich, dass es diesbezüglich keine Entwicklung gegeben hat. Das Momentum der Offenheit zur Zusammenarbeit, das die Regierung von Marcos Jr. auslöste, hätte von der internationalen Staatengemeinschaft genutzt werden sollen, um den in den Jahren zuvor formulierten kritischen Äußerungen und klaren Empfehlungen zur Menschenrechtslage Nachdruck zu verleihen.

Der fünfte AMP-Menschenrechtsbericht schließt mit konkreten Empfehlungen an die philippinische Regierung, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sowie an internationale Akteur:innen. Darunter finden sich auch Empfehlungen, wie der Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen verbessert werden kann.

Für den Trägerkreis des Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen:

*Jochen Range*  
*Amnesty International Deutschland*

<sup>i</sup> Das Dahas-Projekt der University of the Philippines definiert eine „drogenbezogene Tötung“ als ein Tötungsdelikt, das im Zusammenhang mit Drogen stand und bei dem das Opfer gewaltsam getötet wurde (z. B. zu Tode geprügelt, erschossen oder erstochen) sowie mindestens eines der von Dahas festgelegten Kriterien erfüllt (siehe <https://dahas.upd.edu.ph/reports/>).

<sup>ii</sup> *Red-tagging* ist eine Praxis, bei der Individuen und Organisationen als „terroristisch“ gebrandmarkt und beschuldigt werden, Mitglieder oder Unterstützer:innen der bewaffneten kommunistischen Rebellenorganisation New People's Army (NPA) zu sein.

# ANHALTENDE MENSCHENRECHTSKRISE UNTER MARCOS JR.

Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz anlässlich des Besuchs von Präsident Ferdinand Marcos Jr. in Berlin am 12. März 2024.



**Trotz des Regierungswechsels im Juni 2022 bleibt die Menschenrechtslage in den Philippinen problematisch. In unterschiedlichen internationalen Foren hat Präsident Ferdinand Marcos Jr. das Engagement seiner Regierung für Menschenrechte bekräftigt. Der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber präsentiert sich Marcos Jr. offen und kooperationsbereit. Klare Maßnahmen, die eine tatsächliche Verbesserung der Menschenrechtssituation erkenntlich machen, bleiben aber aus.**

Präsident Marcos Jr. führt bis dato die repressive Politik der Vorgängerregierung von Rodrigo Duterte (2016–2022) weiter. Er hat weder die Straflosigkeit noch die politische Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen beendet. Trotz einer angeblichen neuen Schwerpunktsetzung auf Rehabilitation in der Anti-Drogen-Kampagne der Regierung (auch „BIDA-Programm“<sup>iii</sup> genannt, November 2022), finden drogenbezogene Tötungen weiter statt. Untersuchungen dieser

größtenteils außergerichtlichen Hinrichtungen – sowohl der aktuell 700 Tötungsfälle unter Marcos Jr. (Stand 30. Juni 2024)<sup>i</sup> wie auch der mindestens 27.000 Tötungsfälle<sup>2</sup> unter Ex-Präsident Duterte im sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ – bleiben unzureichend.<sup>iv</sup> Des Weiteren lehnt es die Regierung von Marcos Jr. bis dato ab, mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei den Ermittlungen zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kooperieren, die zur Zeit von Rodrigo Duterte als Präsident der Philippinen sowie als Bürgermeister und Vizebürgermeister von Davao City im Kontext des „Kriegs gegen die Drogen“ (2011–2019) stattgefunden haben sollen.

<sup>iii</sup> BIDA steht in Tagalog für „Buhay Ingatan, Droga'y Ayawan“, was bedeutet: „Kümmere dich um dein Leben, nimm keine Drogen.“

<sup>iv</sup> Die letzte veröffentlichte Regierungsstatistik zu Tötungen im Zuge von Anti-Drogen-Operationen von staatlichen Sicherheitskräften nennt 6.252 Fälle zwischen dem 1. Juli 2016 und dem 31. Mai 2022. Die philippinische Menschenrechtskommission schätzte zwischen 2016 und 2018 mindestens 27.000 Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen im Kontext des „Kriegs gegen die Drogen“ und inkludierte Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte sowie nicht identifizierte Täter:innen.



Auch die vom AMP zwischen dem 1. Juli 2016 und dem 30. März 2024 dokumentierten 305 Tötungsfälle von Menschenrechtsverteidiger:innen<sup>v</sup> wurden bisher nicht zur Gänze aufgeklärt. Stattdessen nehmen die Kriminalisierung und das sogenannte *red-tagging* von Menschenrechtsverteidiger:innen unter der Regierung von Marcos Jr. weiter zu.

Ex-Präsident Rodrigo Duterte stürzte die Philippinen in eine regelrechte Menschenrechtskrise. Während seiner Amtszeit übten zahlreiche Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (United Nations/UN) scharfe Kritik an der philippinischen Regierung, weil diese es versäumt habe, internationale menschenrechtliche Standards einzuhalten. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2022 werden Menschenrechtsthemen in diplomatischen Beziehungen jedoch zunehmend hintenangestellt – und zwar trotz der weiterhin schwierigen Menschenrechtssituation im Land.

Die Regierung von Präsident Marcos Jr. genießt inzwischen auf dem internationalen Parkett wachsende Anerkennung, wie es z. B. der Besuch des philippinischen Präsidenten in Berlin am 12. März 2024 verdeutlichte.<sup>3</sup> Im Fokus dieser Gespräche stand der Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit zu den Themen Fachkräftemigration sowie Küsten- und Klimaschutz.<sup>4</sup> Deutschlands zurückhaltende Kritik hinsichtlich der Menschenrechtspolitik von Marcos Jr. nutzte der philippinische Präsident allerdings zur Aufrechterhaltung des Bildes einer vermeintlich verbesserten Menschenrechtssituation im Land.<sup>5</sup> Dies war Marcos Jr. u. a. deshalb möglich, weil sich die geopolitischen Spannungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 weiter zugespitzt hatten. Die Philippinen erhielten eine bedeutsamere politische Rolle im Indo-Pazifik-Raum für die Außen- und Sicherheitspolitik der internationalen Staatengemeinschaft.<sup>6</sup> Die Europäische Union (EU), Deutschland, Australien und auch die USA stellten infolgedessen vermehrt die Sicherung von Handelswegen im Indo-Pazifik in den Mittelpunkt der diplomatischen Beziehungen mit den Philippinen. Im März 2024 verkündete die EU die Wiederaufnahme<sup>7</sup> der Verhand-

lungen zu einem bilateralen Freihandelsabkommen mit den Philippinen. Zudem gewährte die EU den Philippinen 2023 erneut Handelspräferenzen unter dem Allgemeinen Präferenzsystem (Generalized Scheme of Preferences Plus/GSP+),<sup>8</sup> die internationale Menschenrechtsstandards zur Bedingung machen. Nachdem die USA 2023 ihr Sicherheitsbündnis<sup>9</sup> mit den Philippinen erneuert hatten, unterzeichnete Australien eine strategische Partnerschaft<sup>10</sup> und ein Abkommen zur maritimen Zusammenarbeit<sup>11</sup> mit dem Inselstaat. Auch die sich häufenden Zusammenstöße Chinas mit der philippinischen Küstenwache im westphilippinischen bzw. südchinesischen Meer verfolgt die internationale Staatengemeinschaft mit Sorge.<sup>12</sup> Diese Entwicklungen kommen der Regierung von Marcos Jr. gelegen, drängen sie doch die Menschenrechtsproblematik im Land angesichts der Interessen der internationalen Staatengemeinschaft in den Hintergrund.

## FEHLENDE RECHENSCHAFTS-PFLICHT FÜR MENSCHENRECHTS-VERLETZUNGEN

Die philippinische Regierung leugnet bis dato die andauernde brutale Polizeigewalt und Strafflosigkeit im Land. Seit dem Amtsantritt von Marcos Jr. dokumentierte Dahas, ein Forschungsprojekt der University of the Philippines,<sup>vi</sup> 700 drogenbezogene Tötungen (Stand 30. Juni 2024).<sup>13</sup> Offizielle Regierungsstatistiken stehen bislang aus. Im Januar 2024 rühmte sich der philippinische Präsident mit den angeblichen Erfolgen seiner neuen Anti-Drogen-Kampagne (BIDA-Programm). Dabei hob er vor allem die Anklagen gegen über 170 Polizeibeamt:innen wegen mutmaßlicher drogenbezogener Straftaten hervor, u. a. Unterschieben von Beweisen und exzessive Gewalt.<sup>14</sup> Im März 2024 erklärte Sebastian „Baste“ Duterte, Bürgermeister von Davao City und Sohn des Ex-Präsidenten, eine Wiederaufnahme des „Kriegs gegen die Drogen“ in seiner Stadt. Dies könnte die Zahl der drogenbezogenen Tötungen wieder massiv ansteigen lassen, während noch weniger Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden.<sup>15</sup>

v Die AMP-Dokumentation von getöteten Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen kann je nach Zeitraum in den AMP-Menschenrechtsberichten von 2017, 2019, 2022 und 2024 nachgelesen werden.

vi „Dahas“ steht im Tagalog für „Gewalt“ und ist ein Projekt des Third World Study Center am College of Social Sciences and Philosophy an der University of the Philippines. Dahas dokumentiert seit Juni 2018 drogenbezogene Tötungsfälle in den Philippinen.



*Präsident Ferdinand Marcos Jr. hält am 27. Juli 2022 anlässlich der Folgen eines Erdbebens im Norden der Insel Luzon eine Pressekonferenz im Malacañang-Palast.*

Trotz der andauernden Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen betont die philippinische Regierung hartnäckig, über ein funktionierendes Justizsystem zu verfügen.<sup>16</sup> Marcos Jr. wollte das Funktionieren des Justizsystems insbesondere anhand der Fortschritte in zwei öffentlichkeitswirksamen Gerichtsverfahren beweisen, die auch international große Aufmerksamkeit erhielten: einerseits mit dem Freispruch der Journalistin und Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa im September 2023,<sup>17</sup> die mit ihrem Medienunternehmen Rappler wegen Steuerhinterziehung angeklagt war; andererseits mit dem Freispruch der über sechs Jahre inhaftierten Ex-Senatorin Leila de Lima im Juni 2024.<sup>18</sup>

Dem stehen jedoch zehntausende unaufgeklärte drogenbezogenen Tötungen sowie hunderte Tötungen von Menschenrechtsverteidiger:innen gegenüber. Unter Präsident Marcos Jr. kam es zu drei weiteren Verurteilungen in insgesamt zwei Fällen drogenbezogener Tötungen seit 2016.<sup>19</sup> Auch die Gerichtsprozesse zahlreicher inhaftierter Menschenrechtsverteidiger:innen ziehen sich weiter ohne Urteil über viele Jahre hin.

Während nach der AMP-Dokumentation ein leichter Rückgang von Tötungen von Menschenrechtsverteidiger:innen unter Marcos Jr. zu verzeichnen ist, nehmen Fälle von erzwungenem Verschwindenlassen zu. Seit 2023 verschwanden mindestens neun Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen,<sup>20</sup> von denen bis dato nur sechs wieder aufgetaucht sind (siehe Fall Gumanao und Dayoha auf S. 15).<sup>21</sup>

## **HANDLUNGSSPIELRÄUME FÜR ZIVILGESELLSCHAFT WEITER EINGESCHRÄNK**

Die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume werden auch unter Marcos Jr. weiter eingeschränkt. Die Regierung kriminalisiert gezielt Menschenrechtsverteidiger:innen und nutzt dafür Schwachstellen des dysfunktionalen Justizsystems sowie Gesetze zur Terrorismus- und Geldwäschebekämpfung. Die in der Kritik stehende nationale Taskforce zur Beendigung des lokalen kommunistischen bewaffneten Konflikts (National Task Force to End Local Communist Armed Conflict/NTF-ELCAC) wurde durch die Marcos-Regierung weder gerügt noch aufgelöst.<sup>22</sup> Die NTF-ELCAC ist seit ihrer Gründung 2018 bekannt für gezieltes *red-tagging* gegen Menschenrechtsverteidiger:innen. *Red-tagging* führt meist



*Am Vorabend von Allerheiligen, dem 31. Oktober 2023, versammelten sich die Familien von Drogenkriegsopfern beim „Bantayog ng mga Bayani“ (Denkmal der Held:innen) in Quezon City, um ihrer verstorbenen Angehörigen zu gedenken.*

zu weiterer Diffamierung, Kriminalisierung und endet in vielen Fällen tödlich. Entgegen den Behauptungen der philippinischen Regierung<sup>23</sup> unterstreichen zahlreiche Fälle, dass *red-tagging* auch unter Marcos Jr. ein gängiges Repressionsmittel bleibt.<sup>24</sup> Im Januar 2024 forderten deshalb die UN-Sonderberichterstatterin für Meinungs- und Pressefreiheit Irene Khan<sup>25</sup> sowie im November 2023 der UN-Sonderberichterstatter zum Schutz der Menschenrechte im Kontext des Klimawandels Ian Fry<sup>26</sup> u. a. die Abschaffung der NTF-ELCAC.

Das umstrittene Anti-Terrorismus-Gesetz (Anti-Terrorism Act/ATA), das 2020 von der Duterte-Regierung verabschiedet wurde, wird auch von der neuen Regierung gegen Menschenrechtsverteidiger:innen angewendet.<sup>27</sup> Im November 2022 forderte der UN-Menschenrechtsausschuss die Abänderung problematischer Passagen des ATA.<sup>28</sup> Dasselbe hatten auch mehrere UN-Mitgliedstaaten im Rahmen des Allgemeinen Periodischen Prüfungsverfahrens (Universal Periodic Review/UPR) der UN zu den Philippinen im November 2022 empfohlen.<sup>29</sup> UN-Sonderberichterstatter Fry forderte 2023 sogar die

Abschaffung des ATA.<sup>30</sup> Die Regierung von Marcos Jr. lehnte bisher alle Empfehlungen zum ATA ab.<sup>31</sup>

Die Situation der Medien- und Pressefreiheit in den Philippinen bleibt nach wie vor kritisch – eine Einschätzung, zu der auch UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan im Januar 2024 kam.<sup>32</sup> Das Land fiel im Index von Reporter ohne Grenzen von Platz 132 im Jahr 2023 auf Platz 134 im Jahr 2024.<sup>33</sup> Dem Philippine Center for Investigative Journalism (PCIJ) zufolge bleibt die Medienlandschaft in den Philippinen im April 2024 mit mindestens 135 Angriffen gegen Medienschaffende auch unter Marcos Jr. problematisch.<sup>34</sup> Das AMP verzeichnete seit dem Amtsantritt von Marcos Jr. drei Tötungsfälle von Journalist:innen (siehe Liste auf Seite 27).

Das Oppositionslager hat seit der Niederlage der Ex-Vize-Präsidentin Leni Robredo bei den Präsidentschaftswahlen 2022 bisher keine:n starke:n Kandidat:in aufstellen können. Mit dem Abgeordneten Edcel Lagman und der Senatorin Risa Hontiveros bleibt die Opposition im Kongress aktuell in einer absoluten Minderheit.<sup>35</sup>

# SCHLAGLICHT I – MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN

Die Bedrohungssituation von Menschenrechtsverteidiger:innen bleibt unter der Regierung von Präsident Marcos Jr. besorgniserregend. Global Witness stufte die Philippinen 2023 zum zehnten Mal in Folge als gefährlichstes Land für Landrechts- und Umweltaktivist:innen in Asien ein.<sup>36</sup> Civicus-Monitoring beschrieb die Lage in den Philippinen 2023 als „unterdrückt“. Das bedeutet, der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt.<sup>37</sup> Dem Global Rights Index zufolge sind die Philippinen 2023 eines der zehn schlimmsten Länder der Welt für Arbeitnehmer:innen.<sup>38</sup> Das dysfunktionale Justizsystem begünstigt weiter die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen, wofür u. a. das Anti-Terrorismus-Gesetz (Anti-Terrorism Act/ATA) genutzt wird. Zudem bezeichnen lokale Menschenrechtsorganisationen die Praxis des *red-tagging* gegen Menschenrechtsverteidiger:innen unter Marcos Jr. als besonders problematisch.<sup>39</sup> Auch haben Fälle erzwungen Verschwindenlassens von Aktivist:innen vor allem im Jahr 2023 zugenommen.<sup>40</sup>

Das besonders von Ex-Präsident Duterte geprägte Narrativ, Menschenrechte seien eine „terroristische Idee“, bleibt seit dem Regierungswechsel Mitte 2022 unverändert bestehen. Die sich häufenden *red-tagging*-Angriffe und die Nutzung des ATA gegen Menschenrechtsverteidiger:innen haben das Narrativ sogar verstärkt. Die nationale Taskforce zur Beendigung des lokalen kommunistischen bewaffneten Konflikts (National Task Force to End Local Communist Armed Conflict/NTF-ELCAC) und auch der umstrittene Sender Sonshine Media Network International (SMNI) brandmarken weiterhin Menschenrechtsverteidiger:innen als „terroristisch“.<sup>vii</sup> Die *red-tagging*-Angriffe der NTF-ELCAC gegen Menschenrechtsverteidiger:innen spitzten sich am 13. März 2023 im Rahmen einer Pressekonferenz zum Gesetzesentwurf für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen (Human Rights Defenders Protection Act) zu.<sup>41</sup> Die Taskforce kritisierte, dass u. a. der Begriff Menschenrechtsverteidiger:innen im Gesetzesentwurf zu

breit definiert sei und auch Terrorist:innen, Kriminelle und andere Staatsfeind:innen einschließe.<sup>42</sup> So beschuldigte sie Menschenrechtsgruppen wie die Philippine Alliance of Human Rights Advocates (PAHRA) und Karapatan, terroristische Organisationen zu unterstützen.<sup>43</sup> Der Gesetzesentwurf liegt dem Senat seit September 2023 zur Abstimmung vor.<sup>44</sup>

Im Oktober 2022 verteidigte der philippinische Justizminister Jesus Crispin Remulla die Praxis des *red-tagging* noch als ein „Recht der Regierung“.<sup>45</sup> Im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs im Oktober 2023 verurteilten<sup>46</sup> die Philippinen schließlich *red-tagging* und betonten im Februar 2024, es sei nicht Bestandteil der Regierungspolitik.<sup>47</sup> Letzteres Statement kann auch als Reaktion auf die Kritik der UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan im Januar 2024 gewertet werden. Khan warf der Regierung vorsätzliches *red-tagging* von Menschenrechtsverteidiger:innen durch Behörden vor.<sup>48</sup> Zudem empfahl sie u. a. die Verabschiedung einer Verordnung zu *red-tagging* und des Gesetzesentwurfs zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen sowie eine Reform des Straftatbestands der Verleumdung.<sup>49</sup> Am 8. Mai 2024 erließ der Oberste Gerichtshof (OGH) eine wegweisende Entscheidung, worin *red-tagging* als „Bedrohung des Rechts einer Person auf Leben, Freiheit und Sicherheit“ erklärt wird.<sup>50</sup> Dadurch sei laut OGH auch der Erlass eines Amparo-Verfahrens gerechtfertigt, das u. a. Schutzanordnungen ermöglicht.<sup>51</sup>

Marcos Jr. führt nicht nur mit dem Erhalt der NTF-ELCAC, sondern auch mit der vermehrten Anwendung des ATA gegen Menschenrechtsverteidiger:innen die repressive Vorgängerpolitik fort. Das ATA ist vor allem wegen seiner äußerst weit gefassten und vagen Definition von Terrorismus ein hochgradig problematisches Gesetz.<sup>52</sup> Der Anti-Terrorismus-Rat (Anti-Terrorism Council/ATC) kann Personen und Organisationen selbst bei Fehlen jeglicher Beweise als „terroristisch“ einstufen. Verdächtige können bis zu 24 Tage ohne Haftbefehl festgehalten sowie ihre Bankkonten und die ihrer Organisationen eingefroren werden.

Das ATA hat die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen institutionalisiert, wie der Fall von vier Menschenrechtsverteidiger:innen der Cordillera Peoples Alliance (CPA) Mitte 2023 zeigte.<sup>53</sup> Eine ATC-Resolution

vii SMNI gehört dem Prediger Apollo Quiboloy, der wegen Sexhandel mit Kindern in den USA gesucht wird. Der Sender wurde u. a. von Rodrigo Duterte sowie der ehemaligen NTF-ELCAC Sprecherin Lorraine Badoy moderiert. SMNI hat über Jahre gezielt Falschinformationen verbreitet und *red-tagging* gegen regierungskritische Individuen und Organisationen im In- und Ausland betrieben. Am 19. Dezember 2023 wurde SMNI wegen angeblicher Verletzung von Lizenzbedingungen für 30 Tage suspendiert.



Die verschwunden gelassenen und wieder aufgetauchten Umweltaktivistinnen Jonila Castro und Jhed Tamano.

vom 7. Juni 2023 erklärte die CPA-Mitglieder Windel Bolinget, Stephen Tauli, Jennifer Awingan-Taggaoa und Sarah Abellon-Alikes zu „Terrorist:innen“.<sup>54</sup> Die vier Aktivist:innen erfuhren über eine Pressemitteilung der ATC erst einen knappen Monat später von der Resolution.<sup>55</sup> Kurz darauf wurden ihre privaten Konten sowie die ihrer Verwandten und Organisation auf Anordnung des Geldwäschebekämpfungsrats (Anti-Money Laundering Council/AMLC) eingefroren.<sup>56</sup> Am 23. November 2023 reichten die CPA-Mitglieder vor einem Gericht in Baguio einen Antrag ein, um ihre Einstufung als Terrorist:innen und die Kontensperrung anzufechten.<sup>57</sup> Sie erklärten darin, dass ihnen ihr verfassungsmäßiges Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und der Zugang zu angemessenen Rechtsbehelfen vorenthalten worden sei.<sup>58</sup> Anfang Februar 2024 wies das Berufungsgericht jedoch ihren Antrag ab.<sup>59</sup>

Unter Marcos Jr. kam es zum erzwungenen Verschwindenlassen von mindestens neun Menschenrechtsvertei-

diger:innen.<sup>viii</sup> Am 10. Januar 2023 wurden etwa Dyan Gumanao und Armand Dayoha an einem belebten Hafen in Cebu City entführt und Tage später, vermutlich aufgrund des großen öffentlichen Drucks, wieder freigelassen (dieser Fall wird näher auf Seite 15 beleuchtet).<sup>60</sup> Seit dem 25. April 2023 werden der Aktivist für Indigene Rechte Gene de Jesus und sein Begleiter Dexter Capuyan aus den Kordilleren vermisst.<sup>61</sup> Am 2. September 2023 wurden die Umweltaktivistinnen Jonila Castro und Jhed Tamano nahe Metro Manila entführt.<sup>62</sup> Zwei Wochen später tauchten die beiden auf einer Pressekonferenz wieder auf, auf der die Regierung die beiden als geständige Kämpferinnen des bewaffneten Aufstands der New People’s Army (NPA) präsentierte.<sup>63</sup> Die beiden Frauen widersprachen und erklärten, das Militär (Armed Forces of the Philippines/AFP) habe sie entführt.<sup>64</sup> Eine Klage des Militärs gegen die beiden wegen Meineids wurde im Dezember 2023 abgewiesen.<sup>65</sup> An-

viii Verschwindenlassen bedeutet, dass staatliche Akteur:innen daran beteiligt sind, die Opfer zu entführen, gefangen zu halten und ihren Aufenthaltsort zu verschleiern, was bereits unter den Vorgängerregierungen systematisch durchgeführt wurde.

Am 12. Juni 2017 entrollte die Künstlerinnengruppe Respond and Break the Silence Against the Killings (RESBAK) bei einem Protestmarsch in Manila zum ersten Mal ihr „STOP THE KILLINGS“-Banner, um die zahlreichen Morde unter der Administration des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte zu verurteilen.



fang 2024 kam eine Anklage gegen Castro und Tamanao wegen schwerer mündlicher Verleumdung hinzu.<sup>66</sup> Am 24. März 2024 verschwanden die zwei Umweltaktivisten Francisco „Eco“ Dangla und Joxelle „Jak“ Tiong in Pangasinan und tauchten drei Tage später wieder auf.<sup>67</sup> Seit dem 10. April 2024 wird der Arbeitsrechtsaktivist William Lariosa aus Bukidnon vermisst.<sup>68</sup> Auch unter der Militärdiktatur von Ferdinand Marcos Sr. (1972–1986) verschwanden über 900 Menschen, darunter viele Aktivist:innen.<sup>69</sup>

Die Philippinen verabschiedeten 2012 als erstes Land in Asien ein Gesetz zur Kriminalisierung des Verschwindenlassens (Anti-Enforced Disappearance Act).<sup>ix</sup> Bis heute fand dieses Gesetz keine Anwendung. Der Fall der 2020 verschwundenen Menschenrechtsverteidigerin Elena Tijamo (siehe AMP-Menschenrechtsbericht von 2022), die über ein Jahr später tot aufgefunden wurde, ist bis heute nicht aufgeklärt. In allen genannten Fällen gewaltsamen Verschwindenlassens von Menschenrechts-

verteidiger:innen im Jahr 2023 wurden die Täter:innen bisher nicht zur Rechenschaft gezogen. Wenn Untersuchungen eingeleitet wurden, endeten sie damit, dass Täter:innen nicht identifiziert werden konnten. Gründe dafür sind neben dem fehlenden politischen Willen laut der philippinischen Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights/CHR) u. a. der Mangel an forensischer Expertise,<sup>70</sup> falsche bzw. fehlende Zeug:innenaussagen, verwehrte Einsichtnahme in Polizeiberichte sowie fehlende oder ausgeschaltete Polizeikörperkameras.<sup>71</sup> Dieselbe Problematik liegt auch in den meisten Untersuchungen der vom AMP dokumentierten 305 Tötungsfälle von Menschenrechtsverteidiger:innen vor. Dazu zählen auch die Tötungsfälle von Menschenrechtsverteidigerin Zara Alvarez und neun indigenen Anführern der Tumandok-Gemeinschaft (siehe AMP-Menschenrechtsbericht von 2022).

ix Das Gesetz verbietet zudem den Einsatz von Geheimgefängnissen und sieht Entschädigungen und Wiedergutmachungen für die Opfer und ihre Angehörigen vor.

## FALL: DYAN GUMANAO UND ARMAND DAYOHA<sup>x</sup>



Dyan Gumanao ist langjährige Mitarbeiterin und Koordinatorin der NRO Community Empowerment Resource Network (CERNET) und ehrenamtlich für die Alliance of Concerned Teachers tätig. Ihr Partner Armand Dayoha setzt sich für Arbeiter:innenrechte bei der Alyansa sa mga Mamumuo sa Sugbo-Kilusang Mayo Uno ein und ist Koordinator bei der Alliance of Health Workers. Dayoha arbeitet auch als Programmkoordinator für den Kapazitätsaufbau bei der NRO Visayas Human Development Agency (VIHDA).

Am 10. Januar 2023 wurden Gumanao und Dayoha am helllichten Tag in Cebu City gewaltsam entführt. Ihre Familien meldeten die beiden am 13. Januar 2023 als vermisst. Ein Video des Vorfalls wurde von einer aufmerksamen Person an die Familien der Opfer weitergegeben, nachdem die Nachricht von den vermissten Aktivist:innen im Internet kursierte. Es zeigte, wie die beiden von Männern in Zivil im Hafen von Cebu City in ein Fahrzeug gezwungen wurden; zahlreiche Menschen beobachteten den Vorfall.

Vermutlich trugen der starke öffentliche Druck und die gemeinsamen Bemühungen verschiedener Organisationen dazu bei, dass Gumanao und Dayoha am Morgen des 16. Januar 2023 in Carmen Town, Nord-Cebu, freigelassen wurden. Beide wurden körperlich unversehrt, aber traumatisiert aufgefunden. Die Menschenrechtsverteidiger:innen gaben an, dass sich die Entführer:innen als Polizeibeamt:innen ausgegeben hätten. Sie sagten auch, dass ihnen die Augen verbunden, sie ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten und getrennt verhört worden seien. Die Entführer:innen hätten sie zur Unterzeichnung einer eidesstattlichen Erklärung zwingen wollen, worin sie ihre Mitgliedschaft bei der bewaffneten kommunistischen Rebellengruppe NPA bekennen sollten.

Die philippinische Nationalpolizei (Philippine National Police/PNP) streitet ab, in den Vorfall involviert gewesen zu sein. Die Untersuchungen der CHR konnten anhand von Überwachungskameraaufnahmen den Namen einer Person und eines Motorrads identifizieren, die in die Entführung verwickelt waren und dem Geheimdienst der AFP (Intelligence Service of the Armed Forces of the Philippines/ISAFP) zugeordnet werden konnten.

Die CHR begann im Juli 2023, Vorladungen an die AFP zu schicken. Im November 2023 gab die betreffende Person eine eidesstattliche Erklärung ab, in der sie jegliche Beteiligung bestritt. In einer Anhörung am 18. Dezember 2023 übermittelte die Rechtsabteilung der AFP eine Antwort an die CHR mit der Bitte, ihr klärende Fragen zukommen zu lassen. Die CHR kann nun einen Abschlussbericht mit einer Empfehlung abgeben oder eine Beschwerde einreichen (insofern sie eine ausreichende Grundlage dafür sieht). Strafanzeige wurde bisher nicht gestellt.

<sup>x</sup> Die Informationen der im Bericht angeführten konkreten Fälle von an Menschenrechtsverteidiger:innen begangenen Menschenrechtsverletzungen basieren vorrangig auf den Angaben und Daten, die zivilgesellschaftliche Partner:innen in den Philippinen dem AMP zur Verfügung gestellt haben.

# SCHLAGLICHT II – STRAFLOSIGKEIT UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Beerdigung von Jerhode „Jemboy“ Baltazar, der während einer Polizeioperation am 2. August 2023 in Navotas in Metro-Manila getötet wurde.



In den Philippinen bleiben Strafflosigkeit und eine eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit unter der Regierung von Präsident Marcos Jr. bestehen. Auf dem globalen Strafflosigkeitsindex rutschte das Land im Oktober 2023 von der siebten auf die achte Stelle.<sup>72</sup> Ausschlaggebend dafür sind vor allem fehlende bzw. unzureichende Ermittlungen in Tötungsfällen bzw. Fällen außegerichtlicher Hinrichtungen und konstruierter Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen. Die Regierung unter Marcos Jr. hat bisher keine signifikanten Reformen durchgeführt oder Maßnahmen ergriffen, die Strafflosigkeit und damit weitere Menschenrechtverletzungen im Land ernsthaft bekämpft hätten. Weder die 2022 überarbeitete Anti-Drogen-Kampagne noch das Engagement der Regierung im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit der UN (United Nations Joint Programme/UNJP) zu Untersuchungen außegerichtlicher Hinrichtungen haben eine maßgebliche Verbesserung hervorgerufen.

Der Fall<sup>xi</sup> des getöteten 17-jährigen Jerhode „Jemboy“ Baltazar unterstreicht die anhaltende Polizeigewalt unter Präsident Marcos Jr. und Herausforderungen des dysfunktionalen philippinischen Justizsystems. Am 2. August 2023 erschossen Polizisten Baltazar im Zuge einer Polizeioperation in Navotas, einem Stadtteil von Metro-Manila.<sup>73</sup> Baltazar befand sich zusammen mit einem Freund in einem Fischerboot am Fluss in der Nähe seines Zuhauses, als die Polizisten mehrere Schüsse auf ihn abfeuerten.<sup>74</sup> Nachdem er am Kopf und an der Hand getroffen wurde, fiel Baltazar nach Angaben seines Begleiters in den Fluss.<sup>75</sup> Die Polizisten gaben an, Baltazar mit einer gesuchten Person verwechselt zu haben.<sup>76</sup> Eine Autopsie wies darauf hin, dass die Lage der Schusswunden Hinweis auf eine selbstverteidigende Haltung seien.<sup>77</sup> Zudem hätte Baltazar überlebt, wenn

xi Dieser Fall wird nicht als drogenbezogener Tötungsfall gezählt. Eine Zuordnung sei laut lokalen Organisationen nicht eindeutig, weil das Opfer mit einer gesuchten Person verwechselt wurde.





*Polizeischutz anlässlich der Rede zur Lage der Nation (State of the Nation Address/SONA) des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte im Juli 2021.*

er nicht mehrere Stunden im Wasser gelegen hätte.<sup>78</sup> Die Polizisten handelten nicht nach dem vorgegebenen Polizeiprotokoll zum Umgang mit einem Unbewaffneten wie Baltazar.<sup>79</sup> Am 5. Oktober 2023 wurden sechs Polizisten wegen Mordverdachts verhaftet. Am 27. Februar 2024 verurteilte ein Regionalgericht den Polizisten Gerry Maliban schließlich wegen Totschlags zu einer vierjährigen Haftstrafe.<sup>80</sup> Es handelte sich nach Einschätzung des Richters nicht um Mord, weil kein heimtückisches Motiv vorlag.<sup>81</sup> Maliban erklärte, Baltazar habe die Polizisten ignoriert und sei in den Fluss gesprungen, was diese zur Verwendung ihrer Schusswaffen gezwungen habe.<sup>82</sup> Vier Polizisten wurden wegen rechtswidriger Nutzung ihrer Schusswaffen zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt, während ein Polizist einen Freispruch erhielt.<sup>83</sup> Das Justizministerium und die Familie von Baltazar kündigten an, das Urteil anzufechten.<sup>84</sup>

Die am 16. Januar 2023 fallengelassenen Anklagen gegen 17 Polizeibeamte wegen mutmaßlichen Mordes an Gewerkschaftsführer und Generalsekretär von BAYAN-Cavite Emmanuel „Manny“ Asuncion unterstreicht die Beständigkeit der Strafflosigkeit wie auch des dysfunktionalen Justizsystems unter der Regierung von Marcos Jr.<sup>85</sup> Asuncion wurde am 7. März 2021 im Zuge einer PNP-Razzia in der Provinz Cavite getötet.<sup>86</sup> Im Rahmen dieses sogenannten „Bloody-Sunday“-Massakers fanden auch Razzien in den Provinzen Rizal und Batangas statt, wobei insgesamt neun Aktivist:innen getötet wurden.<sup>87</sup> Das Justizministerium ließ die Anklage im Fall Asuncion wegen angeblich fehlender Beweise fallen.<sup>88</sup>

Die Beamten gaben an, im Fall Asuncion in Notwehr gehandelt zu haben („nanlaban“ oder „sich wehren“).<sup>89</sup> „Nanlaban“ ist ein gängiges Narrativ in den Philippinen, wonach die Opfer mit einer Schusswaffe Widerstand gegen staatliche Sicherheitskräfte geleistet hätten. Eine

Autopsie von Asuncions Leichnam am 12. März 2021 kam jedoch zu dem Ergebnis, dass die zahlreichen Schusswunden, vor allem im Brustbereich, auf eine gezielte Tötung hinweisen.<sup>90</sup> Zudem konnte aufgrund des fehlenden Zugangs zur Kleidung des Toten und zum Tatort durch die forensische Pathologin weder bewiesen werden, dass die Beamten in Notwehr gehandelt hatten, noch, dass Asuncion eine Waffe gehalten oder abgefeuert hatte.<sup>91</sup> Asuncions Ehefrau legte gegen die Entscheidung des Justizministeriums im Januar 2023 Berufung ein.<sup>92</sup>

In anderen Fällen erheben Staatsanwält:innen Anklage und Richter:innen lassen Verfahren zu, ohne entlastende Beweise zu berücksichtigen. Das zeigt sich auch anhand zahlreicher Fälle von konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen. Diese spiegeln ebenso den fortwährenden Missbrauch und die Schwachstellen des philippinischen Justizsystems wider. Konstruierte Tatvorwürfe, die sich oft auf gefälschte Beweise und Falschanschuldigungen stützen, sollen Menschenrechtsverteidiger:innen diskreditieren und möglichst lange im Gefängnis halten. Typische Anklagepunkte sind Mord, Brandstiftung, illegaler Besitz von Schusswaffen und Sprengstoffen oder Terrorismusfinanzierung. Bei diesen Anklagen ist eine Freilassung gegen Kautions nur in Ausnahmefällen möglich. Gerichtsverfahren ziehen sich aufgrund überlasteter Gerichte, langsamer Bürokratie und Korruption innerhalb des Justizsystems über Jahre hin (siehe die Fälle Yañez, Adviento und Vallente auf den Seiten 19–21).

Die anhaltende Ablehnung der Regierung von Marcos Jr., vollumfänglich mit dem IStGH wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit zusammenzuarbeiten, betont den fehlenden politischen Willen, die Strafflosigkeit im Land zu beenden. Marcos Jr. argumentiert für seine Haltung, dass die IStGH-Ermittlungen die Souveränität der Philippinen bedrohen würden.<sup>93</sup> Im Januar 2023 hat die IStGH-Vorverfahrenskammer entschieden, die Ermittlungen in den Philippinen wieder aufzunehmen, nachdem die Regierung Berufung einlegte und behauptete, der IStGH habe nach dem Austritt der Philippinen aus dem IStGH 2019 keine Zuständigkeit mehr für die Situation im Land. Laut dem ehemaligen

Senator Antonio Trillanes IV sollen die Ermittler:innen des IStGH bereits im Dezember 2023 in den Philippinen vor Ort gewesen sein.<sup>94</sup>

Auch eine Verlängerung oder Neuauflage des UNJP (07/2021–2024) lehnte die Regierung ab. Das Programm zielte darauf ab, die philippinische Regierung dabei zu unterstützen, Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen im Zuge von Polizeieinsätzen in geeigneter Form zu untersuchen. Der Bericht des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights/OHCHR) vom September 2022 stellte ein Jahr nach Inkrafttreten des UNJP fest, dass „der Zugang zur Justiz für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch nach wie vor begrenzt ist“.<sup>95</sup> Trotz des Mangels an substanziellen Fortschritten blieb das Programm eine wichtige Plattform für die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit der philippinischen Regierung, der UN und anderen Akteur:innen im Bereich der Menschenrechte. Am 8. Mai 2024 richtete die Regierung jedoch einen Sonderausschuss für Menschenrechtskoordination (Special Committee on Human Rights Coordination oder Administrative Order 22) ein, anstatt das UNJP verbessert weiterzuführen.<sup>96</sup> Der Sonderausschuss sitzt im Präsidialen Menschenrechtsausschuss (Presidential Human Rights Committee) und wird von dem Exekutivsekretär und Justizminister geleitet.<sup>97</sup> Er greift Kernelemente des UNJP auf und soll u. a. Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte in den Philippinen fördern.<sup>98</sup> Eine klare Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen und der CHR ist nicht vorgesehen.<sup>99</sup>

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die philippinische Regierung eine Vielzahl von Organen und Mechanismen zur Untersuchung und Verfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen ins Leben gerufen. Dazu gehören u. a. spezielle Ermittlungseinheiten wie die Polizei-Taskforce Usig, Menschenrechtsreferate bei Polizei und Armee und das ressortübergreifende Inter-Agency Committee on Extra-Legal Killings (auch bekannt als Administrative Order 35). Bisher hat sich laut Einschätzung lokaler Menschenrechtsgruppen keiner dieser Mechanismen als effektiv in der Aufklärung schwerer Menschenrechtsverletzungen erwiesen.

## FALL: ALDEEM YAÑEZ



Seit drei Jahrzehnten setzt sich Aldeem Yañez aktiv für Friedenskonsolidierung und Menschenrechtsarbeit in den Philippinen ein. Yañez ist als Freiwilliger im Regionalbüro für Entwicklung der Iglesia Filipina Independiente (IFI) in den Provinzen Visayas und Mindanao tätig.

Am 10. April 2022 wurde Yañez in seinem Haus in Barangay<sup>xii</sup> Iponan, Cagayan de Oro, verhaftet. Nach Angaben der PNP und der AFP wurden bei der Razzia angeblich eine Waffe, Granaten und subversive Dokumente beschlagnahmt. Seine Familie beobachtete, wie Personen durch die Hintertür in das Haus eindringen und dadurch die Möglichkeit hatten, die beschlagnahmten Gegenstände im Haus zu platzieren. Die Verhaftung erfolgte auf der Grundlage eines Haftbefehls vom 6. April 2022 wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Gesetz zum illegalen Besitz

von Feuerwaffen und Munition (Republic Act 10591) und dem Gesetz zum illegalen Besitz von Sprengstoff (Republic Act 9516). Berichten von Menschenrechtsgruppen zufolge ist es gängige Praxis der PNP und AFP, bei Durchsuchungen Waffen und Sprengstoff als Beweismittel bei Verdächtigen zu platzieren, um Anschuldigungen für eine Verhaftung von Menschenrechtsverteidiger:innen zu erfinden.

IFI-Mitglieder berichteten, dass Yañez zuvor *red-tagging*-Angriffen ausgesetzt war. 2018 und 2020 wurden Yañez und andere Menschenrechtsverteidiger:innen bereits Opfer willkürlicher Verhaftungen und von der AFP beschuldigt, Mitglieder der NPA zu sein. Die Gerichte hatten die Anklagen zweimal aufgehoben.

Nach Yañez' Inhaftierung erhob das Justizministerium am 24. August 2022 eine weitere Anklage gegen ihn wegen angeblichen Verstoßes gegen das Gesetz zur Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung (Republic Act 10168). Der Anklage zufolge soll er an der Weiterleitung ausländischer Entwicklungsgelder an die NPA beteiligt gewesen sein.

Yañez' Familie kämpft seither für das Fallenlassen der inzwischen über 50 fabrizierten Anklagepunkte. Sie gibt an, dass Yañez die illegalen Waffen und Sprengkörper untergeschoben und auch der in diesem Zusammenhang ausgestellte Haftbefehl gegen ihn auf Basis von falschen Zeugenaussagen erlassen worden seien. Yañez ist im Cagayan de Oro City Gefängnis inhaftiert.

<sup>xii</sup> Das „Barangay“ ist die unterste politische Verwaltungseinheit der Philippinen.

## FALL: ISABELO ADVIENTO



Menschenrechtsverteidiger Isabelo Adviento ist seit 15 Jahren Mitarbeiter des Regionalbüros der NRO Kattinnulong Daguiti Umili iti Amianan (KADUAMI) in Cagayan Valley in den Kordilleren im Norden Luzons. Adviento setzt sich dort seit vielen Jahren für die Rechte von Kleinbäuer:innen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen ein.

Am Abend des 8. April 2022 wurde Adviento in einem Restaurant in Bayombong Town in der Provinz Nueva Vizcaya von mindestens 30 Mitgliedern der PNP und AFP festgenommen. Nach Angaben der PNP beruhte die Verhaftung auf einem Haftbefehl wegen mutmaßlicher Verstöße gegen das Gesetz zum illegalen Besitz von Feuerwaffen und Munition (Republic Act 10591) und das Gesetz zum illegalen Besitz von Sprengstoff (Republic Act 9516). Der Haftbefehl wurde bereits am 17. Januar 2021 ausgestellt.

Die Anzeige ging auf eine PNP-AFP-Hausdurchsuchung vom 2. Dezember 2020 zurück. Ohne einen Durchsuchungsbeschluss vorzuweisen, stürmten in den frühen Morgenstunden etwa 100 Personen der 77. und 17. Infanteriebataillone der AFP und der PNP Advientos Haus in Baggao in der Provinz Cagayan. Die staatlichen Sicherheitskräfte drangen gewaltsam in das Haus ein. Adviento hielt sich zu diesem Zeitpunkt nicht dort auf. Seine Ehefrau, Kinder und Enkelkinder wurden von den Sicherheitskräften auf-

gefordert, das Haus während der Durchsuchung zu verlassen. Advientos Ehefrau zufolge wurden die Überwachungskameras vor dem Haus mit einer Jacke verdeckt und auch die Speicherkarte der Kameras entfernt. Die staatlichen Sicherheitskräfte behaupteten, eine Tasche mit Schusswaffen und Sprengkörpern im Zuge der Hausdurchsuchung sichergestellt zu haben. Erst vier Stunden nach Beginn der Durchsuchung trafen Mitarbeitende der PNP-Kriminalabteilung (Criminal Investigation and Detection Group/CIDG) und der Barangay in Advientos Haus ein, um den Durchsuchungsbeschluss zuzustellen. Adviento und seine Familie gingen davon aus, dass die Waffen und Sprengkörper von den Sicherheitsorganen im Haus vorsätzlich während der Hausdurchsuchung platziert wurden.

Auch Adviento war vor seiner Verhaftung mehrmals Opfer von *red-tagging*-Angriffen gewesen. Er wurde von AFP-Streitkräften verfolgt, die Video- und Fotoaufnahmen von ihm machten, und erhielt Drohbriefe von Unbekannten. Advientos Name und Fotos wurden auf Plakaten an öffentlichen Plätzen aufgehängt und in sozialen Medien gepostet, wo er als Terrorist bezeichnet wurde. Eine frühere Anklage gegen Adviento, die ihm drei Entführungen mit Tötung unterstellte, wurde von einem Gericht 2015 abgewiesen.

Im Dezember 2022 genehmigte das Amtsgericht in Tuguegarao City einen Antrag zur Freilassung auf Kautiön. Advientos Familie, Freund:innen und Kolleg:innen konnten jedoch die Kautiön in der Höhe von 1.000.000 Pesos (15.800 Euro) nicht aufbringen. Aufgrund des konsequenten Engagements von Advientos Familie, Freund:innen, Kolleg:innen, Organisationen im In- und Ausland, sowie unterstützenden Diplomaten wurden am 17. April 2024 alle fabrizierten Anklagepunkte gegen Adviento fallengelassen. Trotz des Freispruchs befindet sich Adviento weiterhin in einer lebensbedrohlichen Situation.

## FALL: NATHANIEL VALLENTE



Seit über acht Jahren ist Menschenrechtsverteidiger Nathaniel „Dodo“ Vallente Pastor der United Church of Christ in the Philippines (UCCP) in President Garcia auf der Insel Bohol. Vallente ist Verfechter der Rechte der Bäuer:innen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der nationalen Agrarreform in den Philippinen.

In den frühen Morgenstunden des 25. Juni 2021 vollstreckten CIDG-Beamt:innen von Bohol einen Durchsuchungsbefehl gegen Vallente in seinem Haus in San Jose, Mabini, Bohol, wegen mutmaßlicher Verstöße gegen das Gesetz zum illegalen Besitz von Feuerwaffen und Munition (Republic Act 10591) und das Gesetz zum illegalen Besitz von Sprengstoff (Republic Act 9516). Die CIDG-Beamt:innen verwechselten das Haus von Pastor „Dodo“ mit dem seines Schwiegervaters, welcher sich zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchung einige Meter entfernt in seinem eigenen Haus aufhielt. Trotz der Verwechslung wollten die CIDG-Beamt:innen die Durchsuchung im Haus des

Schwiegervaters durchführen und baten Vallente dorthin. Im Zuge der Durchsuchung fanden die CIDG-Beamt:innen mehrere Pistolen, eine Granate, Munition und subversive Dokumente. Vallente wurde daraufhin verhaftet, auch wenn die Beweismittel nicht in seinem Haus beschlagnahmt wurden. Vallentes Familie vermutet, dass die Beweismittel bereits vor der Durchsuchung im Haus des Schwiegervaters platziert wurden.

Seit Juli 2021 hat Vallente mindestens sechs Gerichtsverhandlungen durchlaufen. Während der ersten Zeit seiner Inhaftierung wurde er mehrmals in verschiedene Gefängnisse in Bohol verlegt, ohne dass seine Familie darüber informiert wurde. Bis heute setzen sich die Familie von Pastor „Dodo“, seine Freund:innen sowie seine UCCP-Kolleg:innen und unterstützende Organisationen für einen fairen Prozess und seine sofortige Freilassung aus dem Gefängnis ein, wobei alle fabrizierten Anklagen fallengelassen werden sollen. Vallente ist im Bohol District Gefängnis in Tagbilaran City inhaftiert.

# HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

## EMPFEHLUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHE REGIERUNG

### BEENDIGUNG DER STRAFLOSIGKEIT

- » Die Straflosigkeit bei außergerichtlichen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter, insbesondere von Menschenrechtsverteidiger:innen und Opfern im Zusammenhang mit der Anti-Drogen-Politik der philippinischen Regierung, soll durch eine gründliche und unparteiische Aufklärung aller entsprechenden Fälle beendet werden, insbesondere dann, wenn die Täter:innen staatlichen Sicherheitskräften angehören.
- » Gemäß Artikel 14 des UN-Zivilpakts sollen das Recht auf Gleichheit vor Gericht und ein faires Gerichtsverfahren durch ein zuständiges unabhängiges und unparteiisches Gericht gewährleistet werden.
- » Ein Menschenrechts- und gesundheitsbasierter Ansatz soll in der nationalen Anti-Drogen-Politik („Buhay Ingatan, Droga’y Ayawan“/BIDA) priorisiert und in Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards sowie den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrats (United Nation Human Rights Council/UNHRC) gebracht werden.
- » Die Leitlinie der philippinischen Nationalpolizei, das Command Memorandum Circular 16-2016, auch „Projekt Double Barrel“ genannt, welche u.a. die Grundlage für die Operationalisierung der umstrittenen „Oplan-Tokhang“-Methode („anklopfen“ und „bitten“)<sup>xiii</sup> bildet, soll außer Kraft gesetzt werden.

### SCHUTZ VON MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER:INNEN

- » Die politisch motivierte Einschüchterung, Bedrohung, Kriminalisierung und Gewalt gegenüber Menschenrechtsverteidiger:innen durch staatliche Sicherheitsorgane, Behördenmitarbeiter:innen und

Regierungsbeamt:innen soll unverzüglich beendet werden. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass das philippinische Anti-Terrorismus-Gesetz (Anti-Terrorism Act/ATA) nicht für die Diffamierung von Menschenrechtsverteidiger:innen missbraucht wird. Zudem soll sichergestellt werden, dass die nationale Taskforce zur Beendigung des lokalen kommunistischen bewaffneten Konflikts (National Task Force to End Local Communist Armed Conflict/NTF-ELCAC) alle Formen der politisch motivierten Einschüchterung, Belästigung und Verunglimpfung von Menschenrechtsverteidiger:innen unterlässt, vor allem *red-tagging*.

- » Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen vor Belästigung, Diffamierung, Gewalt und Ermordung soll gemäß der UN-Deklaration für Menschenrechtsverteidiger:innen in nationales Recht umgesetzt werden, insbesondere in Bezug auf bestehende Gesetze wie das philippinische Gesetz über die Rechte indigener Völker (Philippine Indigenous Rights Act/IPRA) und Gesetzesvorschläge wie für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen (Human Rights Defenders Protection Act).
- » Das ATA soll so abgeändert werden, dass es internationalen Menschenrechtsstandards entspricht und insbesondere im Einklang mit den demokratischen Rechtsstaatlichkeitsprinzipien wie der Unschuldsvermutung nach Artikel 66 der philippinischen Verfassung steht.
- » Es soll sichergestellt werden, dass Staatsanwält:innen und Richter:innen im Falle offenkundig konstruierter Anklagen unter Vorlage entlastender Beweise gemäß Artikel 14 der UN-Richtlinien zur Rolle von Staatsanwält:innen keine Strafverfahren gegen Menschenrechtsverteidiger:innen einleiten. In diesem Zusammenhang soll die Unabhängigkeit der Justiz gemäß Artikel 14 (I) des UN-Zivilpaktes gewährleistet werden.
- » Alle Verleumdungsgesetze, d. h. Artikel 353-355 und 358-362 des philippinischen Strafgesetzbuchs (Revised Penal Code) sowie Abschnitt 4c (4) des Gesetzes zur Verhinderung von Cyberkriminalität (Cybercrime Prevention Act) von 2012, sollen nochmals geprüft und wo nötig in Einklang mit Artikel 19 des UN-Zivilpaktes und dem UN-Generalkommentar 34 gebracht werden, um jedes Risiko des Missbrauchs und der ungerechtfertigten politischen Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen auszuschließen.

<sup>xiii</sup> Im Rahmen des Projekts „Double Barrel“ wurden sogenannte „Beobachtungslisten“ von Drogenkonsument:innen und Drogendealer:innen erstellt, die dann von der örtlichen Polizei oder Gemeindebehörden aufgesucht und zu einem Zugeständnis gedrängt wurden. „Tok-hang“ bedeutet übersetzt „anklopfen und bitten“ und bezieht sich auf diese Hausbesuche.

- » Das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance) soll ratifiziert und seine Bestimmungen in nationales Recht umgesetzt werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die nationale Gesetzgebung zum Verschwindenlassen (Anti-Enforced Disappearance Act) mit dem internationalen Recht und den internationalen Standards übereinstimmt wie auch konsequent umgesetzt wird.

## KOOPERATION MIT INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSMECHANISMEN

- » Mit den unabhängigen Ermittler:innen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und internationalen Menschenrechtsmechanismen sowie mit dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights/OHCHR) soll vollumfänglich kooperiert werden.
- » Allen themenbezogenen UN-Sonderberichterstatter:innen und Arbeitsgruppen des UNHRC soll vollumfängliche Kooperation zugesichert und eine dauerhafte Einladung ausgesprochen werden.

## EMPFEHLUNGEN AN DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE MITGLIEDSTAATEN

- » Das Allgemeine Präferenzsystem (Generalized Scheme of Preferences/GSP+) soll insofern genutzt werden, dass eine eindeutige Verbesserung der Menschenrechtslage ersichtlich wird, insbesondere in Hinblick auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.
- » In den jährlichen EU-Menschenrechtsdialogen soll die philippinische Regierung konsequent auf ihre Verpflichtungen zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards im gemeinsamen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hingewiesen werden. Dabei sollen auch mögliche Konsequenzen

für die Zusammenarbeit ausgesprochen werden, wenn keine adäquaten Maßnahmen zur Beendigung von Strafflosigkeit und schwerer Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen ergriffen werden.

- » Klare und messbare Konditionalitäten zur Erfüllung internationaler Menschenrechtsstandards sollen in ein mögliches bilaterales EU-Freihandelsabkommen mit den Philippinen integriert werden.
- » An den Botschaften in Manila sollen die Stellen von Menschenrechtsreferent:innen eingerichtet bzw. verlängert werden, wie bereits in der deutschen Botschaft etabliert, damit die Menschenrechtsperspektive zu den Philippinen in den jeweiligen Außenministerien bzw. dem Auswärtigen Amt bereichert wird und Kontakte mit Betroffenen sowie der Zivilgesellschaft vertieft werden.
- » Menschenrechtsthemen sollen trotz geopolitischer Herausforderungen in der Indo-Pazifik-Region in bi- und multilateralen Dialogen mit der philippinischen Regierung priorisiert werden.
- » Das EU Global Human Rights Sanction Regime soll, wie der IStGH bereits festgestellt hat, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen der Anti-Drogen-Kampagne unter Ex-Präsident Rodrigo Duterte angewendet und Sanktionen erlassen werden, z. B. das Einfrieren von Vermögen und Einreise- bzw. Visaverbote gegen die Verantwortlichen.

## EMPFEHLUNGEN AN ANDERE INTERNATIONALE AKTEUR:INNEN

- » Die philippinische Regierung muss nachdrücklich aufgefordert werden, mit allen internationalen Menschenrechtsmechanismen zu kooperieren.
- » Konsequente Einforderung der Einrichtung eines internationalen Mechanismus zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen durch den UNHRC.
- » Durch Prozessbeobachtung von Gerichtsverfahren in Fällen der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen soll die Einhaltung prozessualer Mindeststandards überprüft und deren Befolgung gegebenenfalls angemahnt werden.

# ENDNOTEN

- 1 Dahas, „Reported drug-related killings“, 4. Juli 2024, [bit.ly/3XOyhXw](https://bit.ly/3XOyhXw).
- 2 Rappler, „The Slingshot, How many were really EJK'd under Duterte?“, 8. Januar 2024, [bit.ly/4bfR4P3](https://bit.ly/4bfR4P3).
- 3 Manila Bulletin, „Marcos explains PH's stand on ICC probe into Duterte's drug war, Scholz satisfied with new drug campaign“, 13. März 2024, [bit.ly/3WmoBCW](https://bit.ly/3WmoBCW).
- 4 Rappler, „In Manila, German foreign minister warns of ‚rough wind blowing‘ in South China Sea“, 11. Januar 2024, [bit.ly/3UB98O9](https://bit.ly/3UB98O9). Taz, „Gemeinsame Kritik an China: Drogenkrieg für Scholz kein Thema“, 29. April 2024, [bit.ly/3JEpak8](https://bit.ly/3JEpak8).
- 5 Manila Bulletin, „Marcos explains PH's stand on ICC probe into Duterte's drug war, Scholz satisfied with new drug campaign“, 13. März 2024, [bit.ly/3WmoBCW](https://bit.ly/3WmoBCW).
- 6 DW, „Is Philippines' Marcos Jr. the EU's new best friend?“, 25. Februar 2024, [bit.ly/3xUBZUF](https://bit.ly/3xUBZUF).
- 7 Manila Standard, „EU extends PH trade privileges until 2027“, 1. August 2023, [bit.ly/3UCTRff](https://bit.ly/3UCTRff).
- 8 Ebd.
- 9 The Soufan Center, „Intel Brief: Overlooking Brutal Filipino ‚Drug War‘, U.S. Reaffirms Security Partnership“, 12. Mai 2023, [bit.ly/3UmEB5c](https://bit.ly/3UmEB5c).
- 10 Inquirer, „PH, Australia firm up ties; Marcos hails Albanese support in South China Sea row“, 9. September 2023, [bit.ly/3Qszwiz](https://bit.ly/3Qszwiz).
- 11 Ebd.
- 12 Rappler, „EU, US, countries stress importance of int'l law after China's harassment“, 5. März 2024, [bit.ly/3Wjemz9](https://bit.ly/3Wjemz9).
- 13 Dahas, „Reported drug-related killings“, 4. Juli 2024, [bit.ly/3XOyhXw](https://bit.ly/3XOyhXw).
- 14 ABS-CBN, „Marcos touts major achievements in new approach to anti-drug campaign“, 10. Januar 2024, [bit.ly/3xXcoKU](https://bit.ly/3xXcoKU).
- 15 Human Rights Watch, „Philippines: New ‚Drug War‘ Declared in Davao City“, 7. April 2024, [bit.ly/4a2MbYC](https://bit.ly/4a2MbYC).
- 16 Philippine News Agency, „PBBM: Rule of law prevails, justice system fully functional in PH“, 30. März 2023, [bit.ly/3xT2NVn](https://bit.ly/3xT2NVn).
- 17 Rappler, „Latest court victory proves cases vs Maria Ressa, Rappler ‚politically motivated‘ – groups“, 12. September 2023, [bit.ly/3UmGONY](https://bit.ly/3UmGONY).
- 18 Rappler, „Leila de Lima cleared of all drug charges“, 24. Juni 2024, [bit.ly/45NjZsh](https://bit.ly/45NjZsh).
- 19 Rappler, „After court verdict, 5 cops in Jemboy Baltazar killing released from detention“, 1. März 2024, [bit.ly/3WktNqR](https://bit.ly/3WktNqR). Rappler, „Could the 4th drug war conviction be the ‚last tokhang case‘ in court?“, 24. Juni 2024, [bit.ly/4bwJL5p](https://bit.ly/4bwJL5p).
- 20 AMP, „Besorgniserregende Fälle von erzwungenen Verschwindenlassen von Aktivist:innen“, 30. Oktober 2023, [bit.ly/3Wf8hUA](https://bit.ly/3Wf8hUA).
- 21 Rappler, „In pattern of ‚fake surrenders‘, 1 case links abduction to military intel service“, 6. Januar 2024, [bit.ly/49XouRi](https://bit.ly/49XouRi).
- 22 Rappler, „UN's Khan urges Marcos: Abolish NTF-ELCAC“, 2. Februar 2024, [bit.ly/3Ul3vCd](https://bit.ly/3Ul3vCd).
- 23 Philippine News Agency, „Security exec: No red-tagging policy under Marcos admin“, 1. Februar 2024, [bit.ly/3wbuU1E](https://bit.ly/3wbuU1E).
- 24 Human Rights Watch, „Philippines: ‚Red-Tagging‘ Puts Activists at Risk“, 11. Januar 2024, [bit.ly/4dlsNJ9](https://bit.ly/4dlsNJ9).
- 25 United Nations Office of the High Commissioner, „Philippines: UN expert calls for more sustained reforms to prevent threats and killings of journalists and activists“, 2. Februar 2024, [bit.ly/4aUCjkO](https://bit.ly/4aUCjkO).
- 26 Rappler, „Disband NTF-ELCAC‘, special rapporteur urges PH gov't“, 15. November 2024, [bit.ly/3UmoTY5](https://bit.ly/3UmoTY5).
- 27 Rappler, „AMLC freezes assets, bank accounts of Cordillera activists“, 17. Juli 2023, [bit.ly/44mT9G](https://bit.ly/44mT9G). GMA News, „Anti-Terrorism Council designates Dr. Naty Castro a terrorist“, 30. Januar 2023, [bit.ly/3wIbyab](https://bit.ly/3wIbyab).
- 28 Philstar, „UN rights panel tells Philippines to amend Anti-Terrorism Act“, 5. November 2022, [bit.ly/3xUDU5f](https://bit.ly/3xUDU5f).
- 29 United Nations Human Rights Council, „Universal Periodic Review – Philippines. National Report submitted to Human Rights Council resolutions 5/1 and 16/21“, 3. November 2022, [bit.ly/3QnYp7d](https://bit.ly/3QnYp7d).
- 30 Bulatlat, „UN experts bats for disbanding of ‚anti-communist‘ task force, repeal of Anti-Terrorism Act“, 15. November 2023, [bit.ly/3wgJ01F](https://bit.ly/3wgJ01F).
- 31 ABS-CBN, „Philippines accepts 215 of 289 recommendations on human rights during UN meeting“, 29. März 2023, [bit.ly/49WCn2b](https://bit.ly/49WCn2b). Asia News Network, „Filipino officials call out UN rapporteur who wants to repeal antiterrorism law“, 17. November 2023, [bit.ly/3wfoVJ3](https://bit.ly/3wfoVJ3).
- 32 United Nations Office of the High Commissioner, „Philippines: UN expert calls for more sustained reforms to prevent threats and killings of journalists and activists“, 2. Februar 2024, [bit.ly/4aUCjkO](https://bit.ly/4aUCjkO).
- 33 Reporters without Borders, „Index 2024 – Philippines“, [bit.ly/4dijj1d](https://bit.ly/4dijj1d).
- 34 Philippine Center for Investigative Journalism, „State of Media Freedom in the Philippines in 2024“, 3. Mai 2024, [bit.ly/4biBJoe](https://bit.ly/4biBJoe).
- 35 Philstar, „Ex-VP Robredo open to running in 2025 elections – spokesperson“, 23. Januar 2024, [bit.ly/3WiyQYS](https://bit.ly/3WiyQYS). Rappler, „Opposition bares some Senate bets for 2025 elections“, 22. Februar 2024, [bit.ly/44m1fR6](https://bit.ly/44m1fR6).
- 36 Global Witness, „Standing firm. The Land and Environmental Defenders on the frontlines of the climate crisis“, 13. September 2023, [bit.ly/4aobzy2](https://bit.ly/4aobzy2). Australian Broadcasting Corporation, „The Philippines is the most dangerous country in Asia to defend the environment, Global Witness report says“, 26. September 2023, [bit.ly/4bg4lBA](https://bit.ly/4bg4lBA).
- 37 Civicus, „Monitor Tracking Civic Space“, [bit.ly/3UyBj05](https://bit.ly/3UyBj05).
- 38 ITUC, „Globaler Rechtsindex 2023 – Philippinen“, [bit.ly/4cgM6Ti](https://bit.ly/4cgM6Ti).
- 39 Inquirer, „NUJP insists red-tagging a gov't policy despite official's denial“, 2. Februar 2024, [bit.ly/4aVsBPP](https://bit.ly/4aVsBPP).
- 40 AMP, „Besorgniserregende Fälle von erzwungenen Verschwindenlassen von Aktivist:innen“, 30. Oktober 2023, [bit.ly/3Wf8hUA](https://bit.ly/3Wf8hUA).
- 41 Philstar, „CHR calls for dialogue on HR defenders bill“, 17. März 2023, [bit.ly/3QLaoMv](https://bit.ly/3QLaoMv).
- 42 Philstar, „Group scores NTF-ELCAC for equating human rights work with terrorism“, 15. März 2023, [bit.ly/3xWjIGN](https://bit.ly/3xWjIGN).



- 43 Ebd.
- 44 Inquirer, „Bill protecting human-rights defenders gets House panel nod“, 1. März 2023, [bit.ly/4bcHyw6](#).
- 45 Vera Files, „Vera Files Fact Check: Justice Secretary's justification of government red-tagging misleads“, 14. Oktober 2022, [bit.ly/4aVzTCJ](#).
- 46 European External Action Service, „EU-Philippines: joint press release on the 3rd Sub-Committee Meeting on Good Governance, Rule of Law, and Human Rights“, 26. Oktober 2023, [bit.ly/49WfjDf](#).
- 47 Philippine News Agency, „Security exec: No red-tagging policy under Marcos admin“, 1. Februar 2024, [bit.ly/3wbuU1E](#).
- 48 Inquirer, „Abolish the outdated NTF-Elcac – UN Special Rapporteur Khan“, 2. Februar 2024, [bit.ly/3Wm4Gnz](#).
- 49 United Nations Office of the High Commissioner, „Philippines: UN expert calls for more sustained reforms to prevent threats and killings of journalists and activists“, 2. Februar 2024, [bit.ly/4aUCjkO](#).
- 50 Supreme Court of the Philippines, „SC: Red-Tagging Threatens Right to Life, Liberty, and Security“, 8. Mai 2024, [bit.ly/44NMaqD](#).
- 51 Ebd.
- 52 Human Rights Watch, „Philippines: New Anti-Terrorism Act Endangers Rights“, 5. Juni 2020, [bit.ly/4d4g4PPv](#).
- 53 Rappler, „Cordillera activists face asset freeze as ATC labels them as terrorists“, 11. Juli 2023, [bit.ly/3JGoo36](#).
- 54 The Manila Times, „The Anti-Terrorism Council“, 10. Juli 2023, [bit.ly/4bdKjNJ](#).
- 55 Rappler, „Cordillera activists face asset freeze as ATC labels them as terrorists“, 11. Juli 2023, [bit.ly/3JGoo36](#).
- 56 Rappler, „AMLC freezes assets, bank accounts of Cordillera activists“, 17. Juli 2023, [bit.ly/44rnT9G](#).
- 57 GMA News, „4 CPA members challenge terrorist designation before Baguio court“, 23. November 2023, [bit.ly/4bjHMRZ](#). Rappler, „Baguio court hears first legal challenge against terrorist designation“, 15. Dezember 2023, [bit.ly/4aVWu1Y](#).
- 58 GMA News, „4 CPA members challenge terrorist designation before Baguio court“, 23. November 2023, [bit.ly/4bjHMRZ](#).
- 59 Inquirer, „CA junks lifting of asset freeze vs Cordillera group“, 7. Februar 2024, [bit.ly/3UmBALv](#).
- 60 Rappler, „In pattern of ‚fake surrenders‘, 1 case links abduction to military intel service“, 6. Januar 2024, [bit.ly/49XouRI](#).
- 61 ABS-CBN, „Kin of missing activists continue to call for their release“, 28. September 2023, [bit.ly/3WDXdkf](#).
- 62 Rappler, „‚Abducted‘ environmental activists now reunited with family, friends“, 19. September 2023, [bit.ly/3Qrmlqd](#).
- 63 Rappler, „‚We were abducted‘: Activists counter military account at NTF-ELCAC presser“, 19. September 2023, [bit.ly/4aR2Yiy](#).
- 64 Ebd.
- 65 ABS-CBN, „DND files perjury raps vs two activists accused military of abduction“, 18. Oktober 2023, [bit.ly/3wpHeey](#).
- 66 ABS-CBN, „Court resets Tamano, Castro arraignment to April“, 15. März 2024, [bit.ly/4b8k3EN](#).
- 67 Bulatlat, „Despite suffering torture, environmental defenders continue fight against destructive projects“, 26. April 2024, [bit.ly/4aVBQz3](#).
- 68 GMA News, „Human rights group urges surfacing of missing labor organizer in Bukidnon“, 18. April 2024, [bit.ly/49T4fV2](#).
- 69 Rappler, „Opinion: Break the pattern of enforced disappearances“, 21. Mai 2023, [bit.ly/3WqV1Wt](#).
- 70 Business World, „Expert says PHL needs more labs, forensic science institute to strengthen criminal investigations“, 3. November 2022, [bit.ly/4dghPET](#).
- 71 Inquirer, „Body-worn cam turned off during Navotas teen's slay“, 15. August 2023, [bit.ly/4biadjju](#).
- 72 Rappler, „#FactsFirstPH coalition, press freedom groups call out impunity after Jumalon killing“, 6. November 2023, [bit.ly/3QowAf6](#).
- 73 Rappler, „Rights group files murder complaint vs 19 cops in Jemboy Baltazar's killing“, 29. August 2023, [bit.ly/49T4y28](#).
- 74 Rappler, „Navotas cops get lighter penalties for ‚mistaken‘ killing of Jemboy Baltazar“, 27. Februar 2024, [bit.ly/44iZ1kn](#).
- 75 Rappler, „Rights group files murder complaint vs 19 cops in Jemboy Baltazar's killing“, 29. August 2023, [bit.ly/49T4y28](#). GMA News, „Cops in Jemboy Baltazar case appealed dismissal from service – PNP“, 1. März 2024, [bit.ly/4bbL6PP](#).
- 76 Inquirer, „Navotas cop on why Jemboy Baltazar was shot: ‚It was like panic firing‘“, 29. August 2023, [bit.ly/3KozTFP](#).
- 77 GMA News, „Fortun: Jemboy had defense type injury on the hand“, 12. August 2023, [bit.ly/3wgRN3O](#).
- 78 GMA News, „Jemboy's mom says they won't drop case vs. Navotas cops“, 15. August 2023, [bit.ly/3xXWmqx](#).
- 79 Manila Bulletin, „Human rights lawyers urge filing of murder charge vs policemen in death of teenager in Navotas City“, 14. August 2023, [bit.ly/3UCMpBj](#).
- 80 Rappler, „6 cops in Jemboy Baltazar killing surrender“, 5. Oktober 2023, [bit.ly/4aYwoNi](#).
- 81 Rappler, „Good heavens!: Bishop David questions verdict in Jemboy Baltazar case“, 28. Februar 2024, [bit.ly/3JG6foU](#).
- 82 Rappler, „Navotas cops get lighter penalties for ‚mistaken‘ killing of Jemboy Baltazar“, 27. Februar 2024, [bit.ly/44iZ1kn](#).
- 83 GMA News, „Cops in Jemboy Baltazar case appealed dismissal from service – PNP“, 1. März 2024, [bit.ly/4bbL6PP](#).
- 84 Ebd.
- 85 Rappler, „DOJ junks murder complaint vs cops tagged in labor leader's death“, 17. Januar 2023, [bit.ly/44lRukC](#).
- 86 Philstar, „A year since ‚Bloody Sunday‘ raids: 34 cops face murder raps, harassment of activists continues“, 7. März 2022, [bit.ly/3JGA9th](#).
- 87 International Federation for Human Rights, „Philippines: impunity persists for ‚Bloody Sunday‘ killings“, 6. August 2021, [bit.ly/4dmE77O](#).
- 88 Rappler, „DOJ junks murder raps vs 17 cops over death of couple killed in ‚Bloody Sunday‘“, 31. März 2023, [bit.ly/3QoxGat](#).

- 89 Ebd.
- 90 The Manila Times, „Forensic pathologist: DoJ twisted my findings“, 20. Januar 2023, [bit.ly/4aZ8ekq](https://bit.ly/4aZ8ekq).
- 91 ABS-CBN, „Fortun: DOJ panel ‚twisted‘ my findings on Manny Asuncion case“, 19. Januar 2023, [bit.ly/3UDAmDG](https://bit.ly/3UDAmDG).
- 92 GMA News, „Manny Asuncion’s kin urges DOJ to reconsider dismissal of complaint vs. 17 cops“, 26. Januar 2023, [bit.ly/3Uk2niq](https://bit.ly/3Uk2niq).
- 93 Inquirer, „Marcos: No help for ICC ‚in any way, shape, form‘“, 24. Januar 2024, [bit.ly/4aYwGIO](https://bit.ly/4aYwGIO).
- 94 Inquirer, „ICC in PH last Dec; arrest order vs Duterte soon – Trillanes“, 22. Januar 2024, [bit.ly/3wfcqx4](https://bit.ly/3wfcqx4).
- 95 United Nations Office of the High Commissioner, „A/HRC/51/58: Implementation of Human Rights Council Resolution 45/33 and on the progress and results of technical cooperation and capacity building for the promotion and protection of human rights in the Philippines“, 13. September 2022, [bit.ly/3QqTKS5](https://bit.ly/3QqTKS5).
- 96 Rappler, „Marcos creates human rights ‚super body‘“, 12. Mai 2024, [bit.ly/4azinTl](https://bit.ly/4azinTl).
- 97 Ebd.
- 98 Ebd.
- 99 Rappler, „Marcos’ ‚toothless‘ human rights body: Questionable composition, for political gain?“, 18. Mai 2024, [bit.ly/3yypkg89](https://bit.ly/3yypkg89).

# LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN IN DEN PHILIPPINEN

1. Juni 2022 bis 30. Juni 2024

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter:innen (wenn bekannt)
<b>Reynaldo „Rey“ Blanco</b>	18.09.2022	Mabinay Town, Negros Oriental	Journalismus	Radiojournalist, der kritische Berichte über Korruption und soziale Themen veröffentlichte.	Lieutenant Colonel Roland Desiree Lavisto
<b>Percival „Percy Lapid“ Mabasa<sup>xiv</sup></b>	03.10.2022	Las Piñas, National Capital Region	Journalismus	Radiojournalist, der Korruptionsfälle aufdeckte.	Joel Escorial (Auftragsmörder); Regierungsbeamter Gerald Bantag (Auftraggeber)
<b>Alex Dolorosa</b>	24.04.2023	Bacolod City, Negros Occidental	Arbeiter:innenrechte, <i>red-tagging</i> , LGBTIQ-Rechte	Aktivist für die Rechte von Arbeitnehmer:innen; Rechtsreferent bei BIEN Pilipinas; LGBTIQ-Aktivist bei BEGLAD	Unbekannt
<b>Crescenciano „Cris“ Bunduquin</b>	31.05.2023	Calapan City, Oriental Mindoro	Journalismus	Radiojournalist, der Korruptionsfälle aufdeckte.	Unbekannt
<b>Maria Saniata Liwliwa Alzate</b>	14.09.2023	Bangued Town, Abra	Bürgerlich-politische Rechte	Anwältin für öffentliches Recht	Unbekannt
<b>Jude Thaddeus Fernandez</b>	29.09.2023	Binangonan, Rizal	Arbeiter:innenrechte	Gewerkschaftler	PNP-CIDG
<b>Jerry „Boyet“ Loyola</b>	11.01.2024	Makilala, Cotobato	Indigenenrechte	Verteidiger von Indigenenrechten und des Friedens; Mitarbeiter der Lokalregierung, der dem Referat für indigene Völker zugeordnet ist.	Unbekannt

xiv Der geständige Schütze Joel Escorial wurde am 6. Mai 2024 für den Mord an Percival „Lapid“ Mabasa zu einer Höchststrafe von 16 Jahren verurteilt.

## Disclaimer:

Diese Auflistung beinhaltet sieben Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen, die zwischen dem 1. Juni 2022 und dem 30. Juni 2024 in den Philippinen getötet wurden. Unsere Klassifizierung des Begriffes „Menschenrechtsverteidiger:in“ folgt dabei der Definition des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights/OHCHR), die darunter Menschen fasst, die sich gewaltfrei einzeln oder gemeinsam mit anderen für die Förderung oder den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Es wurden nur Fälle aufgenommen, in denen der Tod des Opfers bestätigt werden kann. Fälle von Zwangsverschleppungen und gewaltsamem Verschwindenlassen, bei denen der Aufenthaltsort der Opfer unbekannt bleibt, sind somit ausgenommen. Unsere Informationen stammen größtenteils aus öffentlich zugänglichen Quellen, meist von lokalen Menschenrechtsorganisationen und seriösen Medienberichten. Bei allen Fällen liegt eine Verbindung zur Tätigkeit des Opfers nahe. Die Spalte „Vermuteter Hintergrund“ zeigt auf, auf welche Aktivitäten des Opfers die Ermordung wahrscheinlich zurückzuführen ist. Kommt mehr als nur ein Hintergrund in Frage, so wurden hier mehrere Angaben gemacht. Da in nur einem der aufgelisteten Fälle bislang eine Verurteilung bekannt ist, sind diese Angaben zum Motiv der mutmaßlichen Täter:innen nicht immer zweifelsfrei nachweisbar. Basierend auf den Anschuldigungen in unseren Quellen haben wir außerdem den Hintergrund der mutmaßlichen Täter:innen angegeben. Auch diese Angaben lassen sich aufgrund mangelnder Verurteilungen nicht unabhängig überprüfen.

Die Informationen der im Bericht angeführten konkreten Fälle von an Menschenrechtsverteidiger:innen begangenen Menschenrechtsverletzungen basieren vorrangig auf den Angaben und Daten, die zivilgesellschaftliche Partner:innen in den Philippinen dem AMP zur Verfügung gestellt haben.

Aktionsbündnis Menschenrechte –  
Philippinen (AMP)  
c/o philippinenbüro e. V.  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln · Deutschland  
info@amp.ngo · www.amp.ngo

ISBN 978-3-933341-94-9

**amp** aktionsbündnis  
menschenrechte  
philippinen

---



**Brot**  
für die Welt



**misereor**  
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

**missio**

